Festakt zum Firmenjubiläum in Berlin

HARALD FUHR / AGENCY PEOPLE IMAGE

BERTELSMANN

AOL-Gründer verteidigt Middelhoff

Thomas Middelhoff, ehemals Bertelsmann-Chef, erhält Unterstützung von einem ehemaligen Geschäftspartner: Steve Case, Gründer des Internetdienstes AOL, widerspricht einer Darstellung in der Unternehmenschronik von Bertelsmann, die Middelhoff in schlechtes Licht rückt. In der Festschrift zum 175. Bestehen des Medienkonzerns heißt es: Middelhoff habe seinerzeit versucht, den Firmenpatriarchen Reinhard Mohn zu einer Fusion mit dem Internetdienst AOL zu drängen; damit habe er riskiert, dass Bertelsmann „nur Juniorpartner“ und „Mohn zur Randfigur“ geworden wäre. Mit seiner Ablehnung habe Mohn „Bertelsmann vor dem schwersten Fehler seiner Geschichte“ bewahrt. Case dagegen erklärt nun: „Die Ungenauigkeiten in dem Buch haben mich erstaunt. Unglücklicherweise hat niemand mit mir gesprochen. Sonst hätte ich gesagt, dass es nie ernsthafte Verhandlungen für eine Fusion zwischen AOL und Bertelsmann gab.“ AOL habe Ende der neunziger Jahre mit vielen Unternehmen geredet, „aber die Gespräche mit Bertelsmann gingen nie über flüchtige Besprechungen hinaus“. Middelhoff selbst wehrt sich gegen den Vorwurf, er habe die Eigenständigkeit Bertelsmanns zerstören wollen. Er habe an Mohn lediglich den Wunsch des Amerikaners herangetragen, über eine Beteiligung oder eine Fusion zu sprechen. Doch Mohn habe abgelehnt. Case war einst einer der Stars der New Economy. Seine Online-Firma AOL wuchs so gigantisch, dass er vor zehn Jahren den weltgrößten Medienkonzern Time Warner übernehmen konnte, worauf der Börsenkurs von AOL in den Keller stürzte und Case vom Unternehmensvorsitz zurücktrat. Zu jener Zeit hatte Bertelsmann seine AOL-Anteile bereits abgestoßen, um den Kauf von RTL zu finanzieren, dem heutigen Gewinnbringer des Konzerns. Middelhoff überwarf sich später mit Mohn und geriet zuletzt als Vorstandschef von Arcandor in die Kritik.

ROLF VENNENBERND / DPA

Middelhoff

RUNDFUNKGEBÜHR

Handwerker bekämpfen TV-Pauschale

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) kritisiert die Reform der Rundfunk- und Fernsehgebühr. „Wir fordern die Länder auf, die Planung zu überarbeiten“, so ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke. Von 2013 an sollen Firmen für jedes Dienstauto und jede Filiale eine Gebühr entrichten – unabhängig davon, ob ein Radio- oder TV-Gerät vorhanden ist. Laut einer Umfrage des ZDH, an der sich bislang 1300 Handwerksbetriebe beteiligt haben, würden dadurch kleinere und mittlere Unternehmen deutlich höher belastet. Als Beispiel nennt der Verband eine Bäckerei aus dem Schwäbischen mit 115 Beschäftigten, 20 Filialen und 14 Fahrzeugen: Bislang zahle der Betrieb 276 Euro im Jahr, nach der Reform wären es 3300, zwölfmal so viel.

Gebührenkampagne

INTERNET

Firma fotografiert Tausende Schulen

Stayfriends, ein Online-Netzwerk einstiger Klassenkameraden, scheint Google Street View nachzueifern. Nach Angaben des deutschen Co-Gründers Oliver Thiel werden derzeit rund 20 000 Schulen in ganz Deutschland fotografiert – ohne vorher um Erlaubnis zu fragen. Erst im Nachhinein wolle man die Fotos von den Schulleitern autorisieren lassen, sagt Thiel. Datenschutzrechtlich ist das unproblematisch, solange die Gebäude ohne Personen und nicht vom Schulgelände aus fotografiert werden. Allerdings reagierten die Fotografen zumindest in einem Fall eher feindselig: Einem Lehrer einer Realschule in Münster soll Gewalt angedroht worden sein, als er das Kennzeichen des Fahrzeugs eines Stayfriends-Fotografen notieren wollte. Die Firma spielt den Fall herunter, gleichwohl bedauere man „das Fehlverhalten“. Das Tochterunternehmen der US-Firma Classmates Online wirbt mit fast elf Millionen Mitgliedern. Im Frühjahr war das Portal in Sachen Datenschutz bereits von der Stiftung Warentest kritisiert worden. „Wenn man seriös sein und mit Schulen kooperieren will, dann ist dieses Vorgehen fragwürdig“, kritisiert Ulf Rödde, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Stayfriends-Aktion.